

PLATTFORM FÜR

Spitzenbeamte des Innenministeriums und externe Integrations-Experten erarbeiteten Vorschläge zur Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Österreich.

Bundesminister Günther Platter präsentierte am 22. Jänner 2008 im Radiokulturhaus in Wien den 220 Seiten starken Experten-Bericht. Darin sind Ideen für integrationspolitische Maßnahmen enthalten. Sie stammen von Experten des Innenministeriums, der Religionsgemeinschaften und großen Hilfsorganisationen, von Migrantenverbänden und Gebietskörperschaften. Der Bericht soll bis zum Sommer des Jahres mit Interessierten in ganz Österreich diskutiert werden. Für Platter sind die Beiträge „die Grundlage für die größte Integrationsdiskussion Österreichs. Der Minister kündigte eine „Österreich-Charta“ an, die ein Leitbild mit gemeinsamen Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft werden soll.

Rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Österreich. Viele von ihnen sind integriert; sie haben hier eine neue Heimat gefunden. „Viele Österreicher sind jedoch skeptisch, was die Integration betrifft. Sie lehnen radikale Tendenzen ab. Deshalb ist es notwendig, klare Kriterien in Zusammenhang mit der Migration zu erstellen. Doch Integration ist ein Prozess, der nicht immer und nicht automatisch gelingt“, betonte Platter.

Scherpunkt Integration. Die Bundesregierung hat das Thema „Integration“ zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. „Beim Kick-off der Integrationsplattform am 15. Oktober 2007 wurde der gemeinsame Wille dazu klar zum Ausdruck gebracht. Seither habe ich in zahlreichen tiefgehenden Gesprächsrunden mit Integrations-Akteuren die Herausforderungen dafür analy-



Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit nicht deutscher Muttersprache stieg zwischen 2007 und 2008.

siert“, erklärte Platter. „Mir geht es um eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema, das leicht zur Emotionalisierung neigt und für Populismus missbraucht wird. Was wir aber brauchen, sind konstruktive Lösungsvorschläge. Ich möchte klare Richtlinien für Zuwanderer“, sagte Platter: „Mir

geht es um den sozialen Frieden und ein gutes Zusammenleben im Land. Das ist auch die beste Prävention gegen Kriminalität und Radikalismus.“

Österreich-Charta. „In den Expertengesprächen ist die Idee einer Österreich-Charta entstanden, die beschrei-

R INTEGRATION



2001 und 2006 von 10,9 auf 14,2 Prozent.

ben könnte, was die gemeinsame Gegenwart in unserem Land für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund lebens- und liebenswert macht – und wie Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft in Europa und der Welt ausschauen könnten“, sagte Platter. Das Maßnahmenpaket soll bis zum

Sommer ausgearbeitet werden. Bis dahin möchte der Ressortchef auch Vertreter der Gebietskörperschaften mit den Ergebnissen des Integrationsberichts konfrontieren, um Verbesserungen zu ermöglichen.

„Mein Ziel ist es, dem Ministerrat bis zum Sommer ein Maßnahmenpaket

für Integration vorzuschlagen. Die Sammlung dieser Beiträge ist daher Grundlage für eine intensive Diskussion, zu der ich alle Menschen in Österreich einladen will. Denn alle Menschen, die in Österreich leben, bilden die Integrationsplattform“, sagte der Innenminister.

Die Fremdenkriminalität in Österreich ist „eher gering“, heißt es im Expertenbericht. Allerdings seien Radikalisierungsprozesse im Bereich Islamismus und Dschihadismus „in geringem Umfang“ feststellbar, weshalb der Entwicklung einschlägiger Milieus entgegenwirken müsse.

Wie man die Integration der Zuwanderer verbessern könnte, wird in dem Report von den verschiedensten Blickpunkten aus beleuchtet. Dringend empfohlen wird etwa eine Verbesserung der Wohnsituation, da eine Konzentration von Ausländern der Integration entgegenwirke. Experten schlagen beispielsweise vor, Gebiete zu sanieren, in denen vor allem Zuwanderer wohnen. Zusätzlich solle Ausländern ein erleichterter Zugang etwa zur Wohnbauförderung gewährt werden, verlangen die Experten von den Ländern.

Zuwanderer in Schlüsselpositionen. Handlungsbedarf sehen die Fachleute auch, was die Repräsentanz von Zuwanderern in Schlüsselpositionen der Gesellschaft angeht. Gezielte Anwerbungen werden etwa bei der Polizei oder in Kindergärten vorgeschlagen. Auch der ORF wird aufgefordert, Immigranten gezielt zu Bewerbungen einzuladen. Als Problem erkannt wird, dass etwa türkische Zuwanderer durch das breite TV-Angebot aus der Heimat quasi kulturell autark seien.

Zuwanderer vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus der Türkei haben eine deutlich geringere Ausbildung als Inländer, die wiederum hinter Migranten aus den anderen EU-Ländern zurückbleiben. Daher wird das Arbeitsmarktservice in die Pflicht genommen, einen Schwerpunkt auf ausländische Beschäftigungslose zu legen,



Präsentation des Expertenberichts am 22. Jänner 2008 in Wien: Wilhelm Sandrisser, Bereichsleiter im Innenministerium für internationale Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit, Beschaffung und EU-Koordination, Hans Winkler, ehemaliger Leiter der Wien-Redaktion der „Kleinen Zeitung“.

beispielsweise durch spezielle Qualifizierungen für Mangelberufe. Im Ausland erworbene Fertigkeiten sollten leichter in Österreich anerkannt und Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung harmonisiert werden, lauten weitere Vorschläge.

Deutsch-Kurse. Als Voraussetzung für eine Verbesserung des Lebensstandards wird eine gute Kenntnis der deutschen Sprache angenommen. Daher wird angeregt, ausländische Kinder möglichst früh in Kindergärten zu schicken. Spezielle Programme sollen auch Frauen mit Migrationshintergrund motivieren, hier entsprechende Kompetenzen zu erlangen. Schließlich wird empfohlen, die Zahl der Deutsch-Stunden in der Integrationsvereinbarung (derzeit 300) zu erhöhen, was Innenminister Günther Platter bereits im Vorjahr befürwortet hatte.

Die Experten plädieren dafür, die Kosten für die Kurse durch zinslose Darlehen vorzustrecken oder durch öffentliche oder betriebliche Förderungen zu senken.

EXPERTENBEITRÄGE: ANALYSEN UND EMPFEHLUNGEN

1. Grundwerte und Rechte. In der Sparte „Grundwerte und Rechte“ befassten sich Mathias Vogl und Franz Matscher mit „Integration zwischen Assimilation und pluralistischer Multikultur“.

Die Autoren vertreten die Meinung, dass Integration ein wechselseitiger Prozess sei, an dem einzelne Personen, Gruppen und die Mehrheitsgesellschaft beteiligt seien – wobei Werte wie Freiheit, Recht und Menschenwürde unumstößliche Grundpfeiler darstellen. Jeder der in unserer Gesellschaft leben will, hat diese zu beachten.

Analyse:

- Anerkennung der Grundwerte kann verlangt werden und garantiert friedliches Zusammenleben.
- Toleranz muss gegenseitig sein.
- Grenzen der Verschiedenheit dürfen nicht „überdehnt“ werden. Das Problem der Integration stellt sich vornehmlich bei Angehörigen der islamischen Kultur.

Empfehlungen: Verstümmelung von Frauen, Ehrenmorde, Hasspredigten usw. müssen sanktioniert werden. Bei Einbürgerungen müssen Kenntnisse von Sprache und Kultur verlangt werden.

2. Bildung und Sprache. „Nachfrage nach höheren Qualifikationen“ lautet das Thema von Günther Simonitsch und Gudrun Biffel in der Sparte „Bildung und Sprache“. Der Bildungsgrad und die Kenntnisse der deutschen Sprache haben nach Ansicht der Autoren großen Einfluss darauf, welche Tätigkeiten Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt übernehmen. Um die Partizipation in der Gesellschaft zu fördern, ist der raschen Vermittlung der deutschen Sprache Augenmerk zu schenken. Zuwanderer haben häufiger als Österreicher keinen Pflichtschulabschluss, sind aber auch häufiger Akademiker.

Analyse:

- Zuwanderer aus EU-Ländern haben einen höheren Bildungsgrad als Österreicher; Zuwanderer aus der Türkei



GORE-TEX® TECHNISCHE BEKLEIDUNG FIT FOR USE

Gefahr in Verzug: Jetzt zählt jede Sekunde. Für Fehler ist kein Platz – manche Einsätze dulden keine Kompromisse. Dann wird in Österreich das Einsatzkommando Cobra aktiv. Diese Spezialkräfte kümmern sich vor allem um die Bewältigung kritischer Bedrohungslagen und Einsätze mit erhöhtem Gefährdungspotential. Dabei müssen sie sich hundertprozentig auf ihre Einsatzbekleidung verlassen können: GORE-TEX® Technische Bekleidung ist robust und schützt zuverlässig vor Nässe, Kälte und Hitze. Außerdem entlastet sie den Träger physisch und mental, indem sie ihn vor Hitze- und Kältestress bewahrt und optimalen Tragekomfort bietet. Das verstehen wir unter FIT FOR USE.

gore-workwear.com

GORE-TEX®, GORE® and designs are trademarks of W. L. Gore & Associates. DA103





In Österreich leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – 17 Prozent der Gesamtbevölkerung.

und dem früheren Jugoslawien einen niedrigeren; 78 Prozent der 20- bis 64-jährigen Frauen mit Geburtsland Türkei haben nur Pflichtschulabschluss.

- Die gesamte Population der Migranten hat eine relativ ausgewogene Verteilung auf römisch-katholische Christen (32 %) und Muslime (27 %).
- Der Anteil von Schülern mit nicht deutscher Muttersprache stieg zwischen 2001 und 2006 von 10,9 auf 14,2 Prozent. Diese Gruppe ist in polytechnischen Schulen überdurchschnittlich hoch repräsentiert.

Empfehlungen:

- Augenmerk auf rasche Vermittlung der deutschen Sprache. Möglichst früher Eintritt in den Kindergarten.
- Verstärkte Ausbildung von Kindergärtnerinnen sowie Öffnung anderer gesellschaftlich relevanter Berufsgruppen für Personen mit Migrationshintergrund.
- Förderungen der Erstausbildung und der Erwachsenenbildung sowohl bezüglich sprachlicher als auch beruflicher Fertigkeiten sowie Mentoringprogramme.
- Ausweitung der Stundenzahl bei den Deutschkursen für die Integrationsver-

einbarung mit finanziellen Anreizen wie etwa zinslosen Darlehen und Unterstützung durch Unternehmen.

- Grundkurs über Gesellschaft und Kultur vor Zulassung als Religionslehrer.

3. Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

In der Sparte „Arbeitsmarkt und Wirtschaft“ legen Franz Wolf-Maier und Margit Kreuzhuber ihren Schwerpunkt auf den „Schlüsselfaktor Beschäftigung“. Eine hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten kann sich nach Ansicht der Autoren negativ auf die öffentliche Einstellung zu Migranten auswirken und den Integrationsprozess behindern.

Analyse:

- Mehr als ein Drittel der ausländischen Erwerbstätigen stammt aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von EU-Bürgern und Türken.
- Hauptbeschäftigungsfelder von Ausländern sind Land- und Forstwirtschaft sowie Gastronomie und Tourismus.
- Ausländer und Eingebürgerte haben wesentlich seltener Fulltime-Jobs als in Österreich geborene Menschen.
- Junge türkische Frauen verweilen immer häufiger im Haushalt oder in Ka-

renz. 1995 waren 17,2 Prozent der 15- bis 24-Jährigen daheim, 2002 stieg der Anteil auf 32 Prozent.

Empfehlungen:

- Zuwanderer müssten stärker in Qualifizierungsmaßnahmen vor allem für Mangelberufe einbezogen werden. Ausländer müssen spezielle Zielgruppe im Arbeitmarktservice werden.
- Muttersprachliche Beratung zu Beginn des Beratungsprozesses.
- Stärkere Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Sektor.
- Unternehmen mit besonderem Engagement im Bereich Integration sollten öffentlich ausgezeichnet werden.
- Erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.

4. Sicherheit.

In der Sparte „Sicherheit“ befassten sich Franz Lang und Rüdiger Lohler mit der „Integration als Basis für das Zusammenleben“. Die Ausländerkriminalität sei in Österreich eher gering. Die Situation in der inneren Sicherheit und Migration unterscheidet sich nicht von der in anderen europäischen Ländern. Für eine effiziente Polizeiarbeit wird es unumgäng-

FOTO: ALEXANDER TUMA



Mehr Polizisten mit Migrationshintergrund: Die Wiener Polizei startete eine Informationskampagne.

lich, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einem spezifischen sprachlichen und kulturellen Hintergrund aufzunehmen.

Analyse:

- Die Fremdenkriminalität in Österreich ist eher gering; trotzdem besteht eine teilweise stärkere Kriminalität von Ausländern im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.
- Migrantinnen werden häufiger Opfer häuslicher Gewalt.
- Hotspots in einzelnen Ballungsräumen sind zu erkennen.
- Radikalisierungsprozesse im Islamismus und Dschihadismus sind in geringem Umfang feststellbar.
- Durch rein polizeiliche Maßnahmen können zukünftige Sicherheitsprobleme nicht gelöst werden.

Empfehlungen:

- Aufnahme von Personen mit Migrationswissen in den Polizeidienst.
- Maßnahmen gegen die Entwicklung dschihadistischer Milieus.
- Erstellung eines wissenschaftlichen Sicherheitsberichts.
- Abbau von Benachteiligungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

- Auf kommunaler Ebene Hotspots mit gezielten Projekten bearbeiten.

5. Wohnen und Stadtentwicklung.

In der Sparte „Wohnen und Stadtentwicklung“ arbeiteten Ursula Schallaböck und Heinz Fassmann die „Bedeutung des Wohnens für Integrationsprozesse“ heraus. Von einem erfolgreichen Eingliederungsprozess könne dann gesprochen werden, wenn Zuwandererhaushalte einen „fairen“ und marktüblichen Preis für Wohnraum zahlten und keine Diskriminierung vorliege.

Analyse:

- Keine erfolgreiche Integration, wenn Wohnung weder über Fließwasser noch über Heizung verfügt. Elf Prozent der Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien und Türkei leben in Substandard-Wohnungen, aber nicht einmal ein Prozent der Österreicher.
- Eine Konzentration von Ausländern wirkt sich negativ auf die Integration aus. Schlechte Wohnsituation verhindert neues Heimatgefühl.
- Benachteiligung der Zuwanderer bei finanzieller Bewältigung des Wohnaufwands.
- Sparen bei Wohnkosten, um im Her-

kunftsland in Wohnraum zu investieren.

- Nur elf Prozent der Zuwanderer leben im ländlichen Raum, aber 37 Prozent der Österreicher.

Empfehlungen:

- Zugang für Ausländer zu Wohnbauhilfe und Wohnbauförderung.
- Hebung der Wohnqualität in Vierteln mit hohem Zuwanderanteil und Anreize für Studenten, sich in diesen Gebieten anzusiedeln.
- Schaffung von Integrationsbeauftragten in größeren Hausverwaltungen.

6. Integrationsraum Gemeinde.

In der Sparte „Integrationsraum Gemeinde“ fokussieren Christoph Stock und Wolfgang Rümmele das „kommunale Engagement als Integrationsfaktor“. Integrationspolitik und -arbeit müssen nach Ansicht der Autoren, zukunftsorientiert sein, ein wechselseitiges Geben und Nehmen gewährleisten und neue Abhängigkeiten vermeiden.

Analyse:

- Zuwanderung ist in erster Linie ein städtisches Phänomen. Mehr als zwei Drittel der Ausländer leben in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern.



Plattform für Integration und Sicherheit in Österreich: Auftaktveranstaltung am 15. Oktober 2007 in Wien.

• Integrationsmaßnahmen in Kommunen sind noch keine Selbstverständlichkeit.

Empfehlungen:

- Voraussetzung für das Gelingen von Integration ist, dass sich die Spitzen der Gemeinde für das Anliegen intensiv einsetzen. Das Interesse bei Bediensteten der Kommunen muss gefördert werden.
- Stadtteilspezifische Integrationsarbeit.
- Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund in den Gemeinden.
- Erstellung eines Handbuchs zur kommunalen Integrationsarbeit.

7. Partizipation und Mehrheitsgesellschaft. In der Sparte „Partizipation und Mehrheitsgesellschaft“ legen Karl Hutter und Bernhard Perchinig dar: „Partizipation braucht Voraussetzungen“. Eine stärkere individuelle bürgerschaftliche Beteiligung von Zugewanderten ist laut den Autoren auch vom Vorhandensein einer Mittelschicht innerhalb der Zuwanderungsbevölkerung abhängig.

Analyse:

- Mittelschichtbildung und Integration von Zuwanderern wird wegen Einbürgerungen statistisch unterschätzt.
- Zuwanderer sind durch fehlende Res-

ourcen bei Durchsetzung ihrer Interessen benachteiligt.

- Die Wahlbeteiligung von Eingebürgerten ist unterdurchschnittlich.

Empfehlungen:

- Verstärkter Einsatz von „Runden Tischen“ und stärkere Teilnahme in Nachbarschafts-, Sport- und Kulturvereinen. Gemeinden sollen für entsprechende Ansätze sorgen und einen Plan für ihre Integrationspolitik erarbeiten.
- Betriebsräte und Gewerkschaft sollen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund über ihre Wahl- und Kandidaturmöglichkeiten auf Firmenebene informieren.
- Im Kernbereich des politischen Systems ist die Staatsbürgerschaft bzw. auf Gemeindeebene die Unionsbürgerschaft Voraussetzung für die Mitbestimmung. Um dennoch Anliegen und

WWW.INTEGRATION.AT

Zum Download der Expertenbeiträge und für den Austausch von Ideen sowie als Diskussionsplattform steht die Website www.integration.at zur Verfügung, die vom „Österreichischen Integrationsfonds“ betreut wird. Hier werden auch Termine bekannt gegeben.

Sichtweisen von nicht eingebürgerten Migranten einzubringen, bieten sich beratende Einrichtungen an.

8. Kultur und Medien. In der Sparte „Kultur und Medien“ befassten sich Wilhelm Sandrisser und Hans Winkler mit der „Stärke der kulturellen Vielfalt“. Das Gemeinsame hängt zunächst davon ab, ob Menschen mit Migrationshintergrund bereit sind, sich mit den politisch-kulturellen Werten und der europäischen Staatengemeinschaft auseinanderzusetzen und grundlegende Elemente mitzutragen. Gleichzeitig ist die Offenheit der Mehrheitsbevölkerung gefordert, die österreichische Kultur unter Nutzung der bestehenden Vielfalt weiterzuentwickeln.

Analyse:

- Interkultureller Dialog ist nicht ausreichend für nachhaltige Integration.
- Immigranten sind durch TV-Programme aus der Heimat „kulturell autark“.

Empfehlungen:

- Informationskampagne zur Image-Hebung von Migranten.
- Erarbeitung einer Österreich-Charta zur Darstellung der Vielfalt des Landes.
- Fremdsprachige Untertitel in österreichischen Filmen.